

# Debatte angestoßen zu Gemeinde-Einnahmen

**MdL Frank Kuschel: Die Kommunen lassen hier Geld auf der Straße liegen**

**Insgesamt 120 Millionen Euro zusätzliche Einnahmepotenziale hat der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Frank Kuschel, für die Kommunen in Thüringen errechnet. Details stellte er kürzlich bei einem Pressegespräch im Landtag vor. Ziel der Überlegungen war es zum einen herauszufinden, wo die Potenziale erschöpft sind und zum anderen aber zu schauen, wo die Kommunen ihre Hausaufgaben besser machen könnten.**

„Die Kommunen weisen zu Recht auf ihre angespannte Finanzsituation hin. Wir müssen uns aber auch damit beschäftigen, wo Potenziale nicht ausreichend ausgeschöpft werden“, sagte der Kommunalexperte.

Das Haupteinnahmepotenzial besteht aus seiner Sicht in einer optimaleren Ausschöpfung der Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Erhebung der Gewerbesteuer. Der Großteil der Kommunen in Thüringen habe einen Hebesatz von deutlich unter 400 von Hundert. „Die Gemeinden im Land lassen hier Geld auf der Straße liegen“, betonte Frank Kuschel.

Eine Erhöhung dieses Hebesatzes auf 400 ist für den einkommenssteuerpflichtigen Einzelunternehmer und Personengesellschaften aufkommensneutral, da die Gewerbesteuerzahllast mit der Einkommenssteuer verrechnet wird. Eine Mehrbelastung trete erst bei einem Hebesatz von 695 ein.

Nach Frank Kuscheles Rechnung könnte das den Thüringer Kommunen 60 Millionen Euro zusätzlich in die klammen Kassen spülen. Durch effizienteres Arbeiten der Finanzämter sei bei der Erhebung der Grundsteuer B ein Gesamtpotenzial von 20 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen zu erzielen. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang auch das Einsetzen von kom-

munalen Steuerprüfern. In Duisburg, Krefeld oder auch Rostock seien solche bereits erfolgreich tätig. Im Durchschnitt könnten dadurch pro Steuerprüfer 365.000 Euro Steuern zusätzlich erhoben werden. Damit entstünden den Kommunen keine zusätzlichen Kosten.

Mehreinnahmen können zudem durch ein optimaleres Ausschöpfen der Einkommenssteuer, durch das Erheben einer kommunalen Stellplatzabgabe für gewerblich genutzte Fahrzeuge ab 1,7 Tonnen im öffentlichen Verkehrsraum, durch eine stärkere Beteili-

Frank Kuschel hatte zum Pressegespräch ein Papier vorgelegt, welche Bedeutung die Gewerbesteuer bei Standortentscheidungen hat. In einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHT) heißt es u.a.: „Die typische Wirkungskette einer Standortverlagerung beginnt häufig nicht bei der Steuer, aber endet bei ihr. Häufig ist der Anlass für eine Standortsuche die Betriebserweiterung. Findet sich kein günstiges Grundstück in der Nähe, wird in benachbarten Gemeinden gesucht. Hier wird dann ein Gesamtpaket bewertet: Grundstückspreise, mögliche Investitionsförderung, ggf. Tarifverträge und Genehmigungsverfahren. Fehlende Flächen für Betriebserweiterungen und Neuanordnungen sind also der Anfang, die Steuerbelastung aber ist das Ende.“

Neben den in der Studie genannten Faktoren geht es jedoch auch um Marktchancen, Arbeitskräftepotenziale, Verkehrsanbindung, technische Infrastruktur, örtliche Abgaben (Wasser, Abwasser, Abfall) oder weiche Standortfaktoren für Fachkräfte (Kitas, Schulen, Kultur). Erst danach kommt als Entscheidungskriterium die Höhe der örtlichen Realsteuern und Aufwands- und Verbrauchssteuern.

Es ist also keinesfalls zutreffend, dass die Höhe der Hebesätze bei der Gewerbesteuer vorrangig Standortentscheidungen beeinflussen. Die Hebesätze der Gewerbesteuer sind eines von vielen Entscheidungskriterien.



gung der Träger der Sparkassen an deren wirtschaftlichen Erfolg und durch eine Erhöhung des Kostendeckungsgrads der Bauordnungsverwaltung und der KFZ-Zulassung erzielt werden. Vorstellbar sei zudem sei die Erhebung einer kommunalen Waffensteuer zur Deckung des laufenden Aufwands der Kommunen bei der Umsetzung des Waffenrechts.

„Wir wollen mit unseren Vorschlägen eine Debatte anschieben und in den Dialog mit der kommunalen Ebene treten“, sagte Frank Kuschel zum Abschluss des Pressegesprächs.

*Matthias Gärtner*

## Wahlalter

Noch gut vier Wochen besteht die Möglichkeit, im Internet-Diskussionsforum des Thüringer Landtags seine Meinung zum Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Landesregierung zur Herabsetzung des Wahlalters in Thüringen auf 16 Jahre zu äußern. Auf der Internetseite - <https://forum-landtag.thueringen.de/dokument/herabsetzung-des-wahlalters-thueringen-auf-16-jahre> - sind Fragen zu finden, mit denen sich der Innen- und Kommunalausschuss befasst, und dazu der Appell an die Bürgerinnen und Bürger: „Sie können Ihre Meinung zu den Fragen abgeben. Mit Ihren Beiträgen, Ihren Erläuterungen oder Ihrer Kritik können Sie Einfluss auf die Arbeit des Innen- und Kommunalausschusses nehmen.“

## Kindeswohl

Im Jahr 2014 wurden den Thüringer Jugendämtern in 3.296 Fällen gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bekannt. Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, war das im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 142 Gefährdungseinschätzungen. Darunter wurden bei 1.621 Mädchen (49,2 Prozent) Gefährdungseinschätzungen des Kindeswohls durchgeführt. Durch die Fachkräfte wurden 429 akute (13 Prozent) und 502 latente Kindeswohlgefährdungen (15,2 Prozent) festgestellt. In 2.365 Fällen (71,8 Prozent) kamen sie zu dem Ergebnis, dass keine Kindeswohlgefährdung vorlag. Jedoch bestand in zwei Dritteln dieser Fälle (1.539 Verfahren) Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarf.

## Flüchtlinge

Die Volkssolidarität will sich um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Thüringen kümmern. Wie dpa meldete, prüfe die Organisation, welchen konkreten Bedarf es bei deren Unterbringung, Versorgung und Integration geben werde, so der Landesgeschäftsführer der Volkssolidarität, Matthias Wilfroth.

Die Landesregierung rechnet verstärkt mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. 2016 wird nach Angaben des Bildungsministeriums mit etwa 500 minderjährigen Flüchtlingen gerechnet, die ohne Eltern kommen. Das wird die Behörden im Freistaat nach Ansicht von Thüringens Migrationsbeauftragter Mirjam Kruppa vor ganz neue Herausforderungen stellen.

## VON A BIS Z:

### Petitionen

Jeder hat das Recht, sich zu wehren, wenn er sich von einer staatlichen Stelle benachteiligt oder ungerecht behandelt fühlt. Das Recht, sich in einem solchen Fall mit einer Bitte oder Beschwerde (Petition) an die Volksvertretung zu wenden, ist in der Landesverfassung verankert. So ist sichergestellt, dass die Sorgen und Nöte der Bürger bei ihrer Volksvertretung Gehör finden. Das Einreichen von Petitionen eröffnet zudem die Möglichkeit, unmittelbare Anstöße zur politischen Willensbildung zu geben. Anregungen in Form von Petitionen können helfen, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Sie werden in der Regel schriftlich eingereicht. Wichtig ist, dass die Petition eine konkrete Sachbitte enthält. Außerdem muss sie eigenhändig unterschrieben sein und sowohl den Namen als auch die Adresse des Einsenders enthalten. Wer sein Anliegen persönlich vortragen möchte, kann dafür die Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses nutzen oder einen Gesprächstermin mit der Landtagsverwaltung vereinbaren.

Schriftliche Petitionen können auch elektronisch eingereicht werden. Dazu steht das Petitionsportal unter [www.petitionen-landtag.thueringen.de](http://www.petitionen-landtag.thueringen.de) zur Verfügung.

Thüringer Landtag  
Petitionsausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt  
Tel.: 0361 37 72076  
Fax: 0361 37 71050

[Petitionsausschuss@Landtag.Thueringen.de](mailto:Petitionsausschuss@Landtag.Thueringen.de)

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Gegenwärtig befindet sich der Thüringer Landtag in der parlamentarischen Sommerpause. Natürlich geht die Arbeit in der Linksfraktion weiter.

Bis zum Jahresende sind noch folgende Plenarsitzungstermine, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 30. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)